

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Elke Ferner, Anette Kramme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/13226 –**

### **Deutschland 2020 – Gerecht und solidarisch**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller wenden sich gegen eine wachsende Kluft zwischen den sozialen Schichten.

#### **B. Lösung**

Gesetzliche Regelungen und Initiativen sollen nach dem Willen der Fraktion der SPD zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen. Unter anderem solle Lohn-dumping durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn verhindert und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gesetzlich verankert werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Konkrete Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/13226 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Sabine Zimmermann**  
Vorsitzende

**Brigitte Pothmer**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Brigitte Pothmer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/13226** ist in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April 2013 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller kritisieren, dass die Gesellschaft auseinander drifte. Dem Land drohe eine zunehmende Entfremdung der Erfolgreichen von den Chancenlosen und eine wachsende Kluft zwischen den sozialen Schichten. Ein Land aber, das die soziale Spaltung hinnehme, werde seine Stärke nicht bewahren können. Die im letzten Jahrzehnt gesunkenen Arbeitslosenzahlen seien ein wichtiger Fortschritt, sagten aber nichts über die Qualität und Bezahlung der Arbeit aus. Verdichtete Abläufe führten zu psychischen Belastungen. 41 Prozent aller im Jahr 2011 neu bewilligten Erwerbsminderungsrenten seien wegen psychischer Erkrankungen gewährt worden. Fast 900 000 Beschäftigte seien Leiharbeiterinnen und -arbeiter. Sie verdienten bis zu 40 Prozent weniger Lohn als ihre gleich qualifizierten Kolleginnen und Kollegen. Auch Werkvertragsarbeit werde zunehmend als Vehikel für Lohndumping und das Unterlaufen von Arbeitnehmerrechten missbraucht. Gegen diese Entwicklungen

schlägt die Fraktion ein Maßnahmenpaket vor, das u. a. die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns vorsieht.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit**, der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Antrag auf Drucksache 17/13226 in ihren Sitzungen am 12. Juni 2013 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen. Der **Finanzausschuss** hat dasselbe Votum in seiner Sitzung am 5. Juni 2012 abgegeben.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/13226 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 12. Juni 2013

**Brigitte Pothmer**  
Berichterstatlerin

